

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 12

Artikel: Chile im Würgegriff der Junta
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ben, Zwangsumsiedlungen usw.) vermochten die Kolonialisten den Befreiungskampf des angolesischen Volkes nicht aufzuhalten. Die Völker von Moçambique, Guinea-Bissao und Kap Verde erzielten unter der Führung ihrer Befreiungsbewegungen FRELIMO und PAIGC noch größere Erfolge. Dieser Kampf trug wesentlich dazu bei, daß am 25. April 1974 das faschistische Regime in Portugal gestürzt wurde.

Der 25. April und der Rückzug der Portugiesen haben jedoch nichts an den grundlegenden Zielen des angolesischen Volkes geändert. Das Volk muß den Kampf für die Unabhängigkeit selbst in die Hand nehmen und seine Errungenschaften mit seinen Organisationen (Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, Quartierkomitees, Streitkräfte) im ganzen Land verteidigen. Diese Volksbewegung ist der einzige Weg, auf dem Angola zur Unabhängigkeit gelangen kann.

Die Arbeitsgruppe Dritte Welt, Zürich, tritt ein für die totale Unabhängigkeit von Angola gegen jede Fremdherrschaft. Spenden auf Postscheckkonto 80 - 42181. Vermerk: «Angola».

Chile im Würgegriff der Junta

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll versucht werden, das Fazit der zweijährigen Militärdiktatur in Chile zu ziehen. Ein Wirtschaftschaos von einem für Chile unbekannten Ausmaß zeichnet sich immer deutlicher ab. Hunger, Arbeitslosigkeit, Unterdrückung, Ausbeutung, Verzweiflung, Angst drohen die chilenische Gesellschaft zu zerstören. Nach ihrem Machtantritt (September 1973) versprachen die Putschisten eine schnelle Beseitigung der Inflation und ein zunehmendes Wirtschaftswachstum. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Weltbank beziffert die Inflation in Chile mit 600 Prozent (gemäß der Regierung 376 Prozent). Die Arbeitslosenquote wird von Wirtschaftswissenschaftlern auf 20 Prozent geschätzt. Nach einem Bericht des Nationalen Kirchenrates der USA (Okt. 1974) sind im Laufe des Jahres nach dem Putsch dreihunderttausend Arbeiter aus politischen Gründen entlassen und dreißigtausend Menschen umgebracht worden. Wie sich die Junta und ein hoher kirchlicher Würdenträger zu dem angerichteten Blutbad stellen, mögen folgende Aussprüche belegen. General Pinochet erklärt: «Demokratie hat es von Zeit zu Zeit nötig, in Blut gewaschen zu werden, um Demokratie zu bleiben. In Chile ist der Zeitpunkt gekommen, ein Säuberungsbad zu nehmen.» Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General Leigh, spricht von einem marxistischen Krebsgeschwür, das auszurotten sei. Die regimetreue Zeitung «El Mercurio»

schreibt: «Die Junta mordet nicht. Sie erlöst die Nation von ihren Mörtern, den Partisanen des Klassenkampfes». Der Bischof von Valparaiso verkündet: «Der Kranke hat während der schwierigen, erfolgreichen Operationen etwas Blut verloren».

Für das Regime ist Chilene nur, wer denkt wie die Junta. Das unterdrückte und ausgebeutete Volk hat kein Recht mehr, sich zu beklagen. Heute werden die Arbeiter vielerorts unter dem offiziell tief angesetzten monatlichen Mindestlohn (Fr. 100.—) entlöhnt, oder es werden die Familienzulagen nicht ausbezahlt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt im allgemeinen zehn bis zwölf Stunden. Frauen und Mädchen (viele Schülerinnen) arbeiten in Haushaltungen der Wohlhabenden für kleines Entgelt oder auch nur gegen Unterkunft und Ernährung. Die Arbeiterfamilien schicken ihre Kinder zum Betteln auf die Straße. Bischof Ariztia vom Stadtteil Barrancas in Santiago sagt: «Jedes dritte Kind ist bereits so unterernährt, daß mit bleibenden Schäden für die physische und geistige Entwicklung gerechnet werden muß. Verbrechen, Delinquenz der Jugendlichen, Prostitution, Häufigkeit von Selbstmord der Eltern nehmen ein alarmierendes Ausmaß an. In den städtischen Armenvierteln ist das Überleben Unzähliger nur noch von der Wohltätigkeit insbesondere kirchlicher Organisationen abhängig.

Spannung zwischen Kirche und Junta

Das unmittelbar nach dem Putsch gegründete Friedenskomitee (Comité Pro Paz), ein ökumenischer Zusammenschluß von Katholiken, Lutheranern und andern kirchlichen Gruppen, setzt sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften ein, die Not zu lindern. Das geschieht durch Arbeitsbeschaffung, durch Kinderhorte, durch Hunderte von Volksküchen, in denen unzählige Hungernde (in erster Linie Kinder) eine tägliche Mahlzeit erhalten. In den vergangenen zwei Jahren hat sich dieses Komitee intensiv und erfolgreich mit der Evakuierung bedrohter Nichtchilenen, der Suche nach verschwundenen Häftlingen und der finanziellen Unterstützung von Familien politischer Gefangenen abgegeben. Der Junta ist die Tätigkeit dieses Friedenskomitees, unter dem Vorsitz von Bischof Ariztia und dem lutherischen Bischof Helmut Frenz, schon längst ein Dorn im Auge. Die Militärs haben im Sommer versucht, durch die erzwungene Versetzung von Bischof Ariztia, die Exilierung von Helmut Frenz und Verhaftungen von Priestern die Tätigkeit des Komitees lahmzulegen, was nicht gelang. Als der Erzbischof von Santiago, Kardinal Silva Henriquez, heftig gegen die Verhaftung der Geistlichen protestierte und die humanitäre Arbeit des Friedenskomitees uneingeschränkt guthieß, wurde von den Juntaanhängern eine diffamierende Pressekampagne gegen den Kardinal sowie lautstarke

Kundgebungen in den Straßen Santiagos gegen die «roten Priester» in Szene gesetzt. Der Kardinal mußte dem wachsenden Druck der Regierung weichen und das Friedenskomitee auf了解n. Damit hat die Spannung zwischen den Kirchen und der Junta einen Höhepunkt erreicht. Der Kardinal ließ den Juntachef Pinochet wissen, daß die Kirchen sich weiterhin für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen werden.

Hier ein Gebet Pinochets (während des Gottesdienstes vom 11. Sept. 1974, Jahrestag des Umsturzes, zelebriert von Mgr. Gillmore, Bischof von Auzia): «Oh allmächtiger Gott, in Deiner unendlichen Weisheit, hast Du mich ermutigt, das Schwert zu ziehen. Du hast es mich ergreifen lassen, auf daß dieses von uns so sehr geliebte Vaterland seine Freiheit wieder finde. In Gegenwart meiner Mitbürger bitte ich Dich, um was ich Dich schon so oft in der Stille der Nacht gebeten habe: Komm diesem Volk zu Hilfe, das gläubig ein besseres Schicksal sucht».

Das kulturelle Leben blockiert

Das kulturelle Leben ist durch staatliche Eingriffe (Überwachung oder Auflösung der meisten Organisationen (Verbrennung von Büchern liberalen Inhalts) oder fehlende Finanzen (Rückgang der Theater-, Konzert- und Kinobesucher) sozusagen lahmgelegt. Nach dem Putsch wurden zweiundzwanzigtausend Studenten aus den Universitäten ausgewiesen und dreitausend Dozenten ihres Amtes enthoben. In den Abteilungen Mathematik, Physik, Chemie, Biologie der Universität von Santiago haben von 123 Professoren 60 Chile freiwillig verlassen. Da die Voraussetzungen für freies Forschen nicht mehr vorhanden sind, verlassen immer mehr Wissenschaftler das Land. Das Hochschulstudium ist zum Klassenprivileg geworden.

Wirtschaftspolitik

Die französische Zeitschrift «Croissance» hat eine Spezialausgabe über Chile herausgegeben (Nr. 163, Sept. 1975). Jacques Chonchol, ehemaliger Agrarminister unter den Regierungen Eduardo Frei und Salvador Allende, analysiert in seinem Beitrag in diesem Heft (Un peuple retourne à la misère) die Hintergründe, den Verlauf und das heutige Ergebnis der Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärdiktatur. Dieser von der christdemokratischen Regierung Frei eingesetzte Minister legt dar, daß die seit zwei Jahren getätigten Wirtschaftspolitik der Junta das krasse Gegenteil der wirtschaftspolitischen Richtlinien ist, an die sich alle chilenischen Regierungen (Zentrum, Rechte, Linke) der letzten vier Jahrzehnte — also nicht nur die sozialistische Regierung

Allendes (Unidad Popular) — gehalten haben. Dieser Wirtschaftswissenschaftler schildert die systematische Aufbuarbeit des Staates während dieser vierzigjährigen Zeitspanne und welch ausschlaggebende Rolle die aufeinanderfolgenden Regierungen in der Entwicklung der Infrastruktur, der Industrie, der Landwirtschaft, der Sozialpolitik gespielt haben. Die faschistischen Militärs haben das Rad der Geschichte zurückgedreht und räumten dem Privatinteresse wieder den ersten Platz ein. Chonchol zeigt, daß die Unidad Popular, im Rahmen der Verfassung, konsequent und in beschleunigtem Tempo mehr Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes als die vorausgegangenen Regierungen übernommen hat; so eine beschleunigte Bodenreform (Enteignung der großen Latifundien, Einrichtung von Staatsfarmen), Verstaatlichung des Bankenwesens, Kontrolle über die Großindustrie und die Bodenschätze (Kupfer, das größtenteils in den Händen multinationaler Gesellschaften lag). Die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte sind von den Generälen gezielt zunichte gemacht worden. Des weiteren haben sie den chilenischen Bürger, in krasser Verletzung der Verfassung, all seiner Grundfreiheiten beraubt. Ein Terrorregime hat einer jahrzehntelangen Periode ununterbrochener Demokratie ein Ende gemacht.

Die Wirtschaftsberater der Junta in Santiago, bekannt unter dem Spitznamen «Chicago-Boys», studierten an der Universität Chicago und sind Anhänger des amerikanischen Ökonomen Milton Friedman, Dozent an der Universität Chicago. Offensichtlich war es den Putschgeneralen mit ihrem Beraterteam nicht gelungen, die immer mehr sich abzeichnende alarmierende wirtschaftliche Lage unter Kontrolle zu bringen. Nachdem das erhoffte Fremdkapital sich nicht einstellte, die Produktionsziffern rückläufig blieben, die unverkauften Waren sich in Lagerräumen und Geschäften anhäuften, die Kohlenlagerhalden sich vor Bergwerken auftürmten, wurde Milton Friedman in persona nach Santiago zur Beratung hergebeten. Das empfohlene Rezept des Professors zur Gesundung der Wirtschaft fand bei der chilenischen Führungsspitze hohen Anklang. Die Radikalkur empfahl:

- a) Inflation um jeden Preis zum Stillstand bringen;
- b) Verschwinden des Defizits im staatlichen Haushaltbudget;
- c) Uneingeschränkte Entfaltung des Privatkapitals, keine Preiskontrolle, freie Konkurrenz des Auslands;
- d) Privatisierung bisher staatlicher Unternehmen.

Nachdem die Junta das Kabinett umgebildet hatte (ausschließlich aus Friedman-Befürwortern), wurde das «Programm der wirtschaftlichen Erholung» aufgestellt. In die Tat umgesetzt bedeutete das:

- a) Entlassung von mehr als hunderttausend Angestellten der öffentlichen Verwaltung (die nicht, wie Friedman angenommen hatte, anderweitig in der wirtschaftlichen Produktion Aufnahme fanden);
- b) Starke Senkung der meisten Warenainfuhrzölle, was den Ruin unzähliger Kleinbetriebe zur Folge hatte.

Infolge der abnehmenden Kaufkraft der Bevölkerung (Arbeiter und Mittelstand) sank die Industrieproduktion mangels Nachfrage innerhalb eines Jahres um 25 Prozent. Die Folge war Schließung von Geschäften und kleineren Fabriken, Rückgang der Transporteinnahmen usw. Dazu kam die mehrmalige Abwertung der Währung (innerhalb weniger Tage um 31 Prozent), um eine Steigerung der Exporte zu fördern. Gleichzeitig wurden die Preise für alle Ölprodukte und damit die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel stark erhöht (viele Arbeiter gehen zu Fuß nach Hause).

Viele bisher staatlich finanzierte Sektoren des öffentlichen Dienstes, des Gesundheits- und Erziehungswesens wurden reprivatisiert (Selbstfinanzierung der Universitäten). Für Rüstungsziecke hingegen stellen die Militärs unbeschränkte Mittel zur Verfügung. Tief in die Staatskasse wurde gegriffen für Entschädigungen (370 Millionen Dollar) an die nordamerikanischen Kupfergesellschaften Anaconda, Kennecot und Cerro, die unter Allende durch einstimmigen Parlamentsbeschuß — ohne Abfindungssummen wegen jahrelangen, exzessiven Gewinnen — verstaatlicht worden waren.

Die von der Regierung übernommene Risikogarantie und andere Zugeständnisse an Investoren aus dem Ausland haben nicht vermocht, das Mißtrauen ausländischer Kapitalanleger in die gegenwärtige Wirtschaftslage Chiles zu zerstreuen. Der dringend benötigte Kapitalzustrom aus dem Ausland ist bis jetzt ausgeblichen.

Isolierung der Militärjunta

Die systematische, zynische Verletzung der Menschenrechte in Chile hat immerhin zu einer wirkungsvollen außenpolitischen Isolierung der Junta geführt. Eine Anzahl Regierungen haben die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Chile reduziert oder abgebrochen und ihre Botschafter zurückgerufen. Giscard d'Estaing hat den Chilenen U. Manzono (Präsident des Obersten chilenischen Gerichtshofes) als Botschafter in Paris refusiert. Dem Vernehmen nach haben die internationalen Gewerkschaften dem chilenischen Regime den Kampf angesagt. In den USA, die weitgehend zum Umsturz beigetragen haben, gewinnen die Stimmen im Kongreß, die den Abbruch der Finanz- und Militärhilfe an Chile fordern, an Boden. Zu nennen wären da die Senatoren Edward Kennedy und der (aussichtsreiche) konservative Präsidentschaftskandi-

dat Henry Jackson. Außenminister Henry Kissinger verschiebt seinen schon längst nach Chile geplanten Besuch immer wieder. Es scheint, daß sich Chiles außenpolitischer Spielraum vor allem auf die rechten Militärdiktaturen Südamerikas beschränken muß.

Säuberung in der Armee

Die seit einem Jahr vorgenommenen Säuberungen in der Armee deuten darauf hin, daß, mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage das Risiko für die Junta zugenommen hat, von andern Militärs (die es besser machen wollen) verdrängt zu werden. Die Putschgenerale sind dieser Gefahr zuvorgekommen durch Versetzung oder Verabschiedung aus dem aktiven Dienst zahlreicher suspekter Heeres- und Luftwaffengeneräle (die Marine scheint «zuverlässig» zu sein) sowie hoher Polizeibeamter. Unter den Entlassenen befinden sich zwei ehemalige Sympathisanten der Christdemokraten: General Arellano, Chef der Militärzone von Santiago und Verteidigungsminister General Bonilla, der, wie es hieß, plötzlich erkrankte, und auf dem Rückweg von seinem viermonatigen Krankenurlaub in einem unerklärlichen Hubschrauberunglück ums Leben kam.

Gewinner und Verlierer

Die sture Befolgung der Milton Friedman-Doktrin hat einem primitiven, rücksichtslosen Kapitalismus Tür und Tor geöffnet. Damit erhielt eine privilegierte Minderheit, die die faschistische Militärdiktatur aktiv unterstützte, grünes Licht für ihre Profitgier, ihre maßlose Bereicherung auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung. Nach einer Berechnung von Professor Chosudowski, Dozent an der katholischen Universität von Peru, ist das Nationaleinkommen der 5 Prozent reichsten Bevölkerungsschicht Chiles von 22,7 Prozent im Jahr 1967 auf 50 Prozent zu Beginn 1974 angestiegen. Zu den Profitmächnern zählen an vorderster Front Großkapitalisten, gefolgt von Uniformierten, Exporteuren, Spekulanten. Überraschenderweise gibt es auch Verlierer im rechtsextremen Lager ehemaliger fanatischer Gegner Allendes, die heute in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind. Sie üben jetzt offene, scharfe Kritik am Regime. Unter ihnen befindet sich Pablo Rodriguez, Gründer der aufgelösten faschistischen Organisation «Patria y Libertad» und Villarin, Präsident des Fuhrunternehmerverbandes, der zur Zeit der Unidad Popular alles daran setzte, die Versorgung der Bevölkerung (insbesondere von Santiago) mit Nahrungsmitteln zu unterbinden. Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß große Teile der mittelständischen Klassen, die die Putschisten vorerst unterstützt und so zur

Liquidierung der chilenischen Demokratie beigetragen haben, ihren Wohlstand, den sie dem Jahrzehntelangen demokratischen System zu verdanken haben, verlieren.

Innerer Widerstand

Seit der Machtergreifung der Militärs ist Chile zu einem Land voller Spitzel und Denunzianten geworden, das nur durch einen gnadenlosen Polizeiterror, durch eine niederträchtige Folterpraxis, mit Hilfe des Notstandes und mit nächtlichem Ausgehverbot regiert werden kann. Trotz all dieser Unterdrückungsmaßnahmen ist, nach glaubwürdigen Quellen zu schließen, der innere Widerstand gegen das faschistische Regime nicht gebrochen. Viele Arbeiter zeigen ein gemeinsames Klassenbewußtsein, das allen Gewaltmethoden standhält. Untergrundzeitungen der verbotenen politischen Parteien, Flugblätter, die von den Hochhäusern Santiagos herunterfallen oder bei Autobusstationen, bei Fabrikausgängen deponiert werden, Maueranschläge sorgen für präzise Informationen über die wahre Situation in Chile. Dieser Widerstand ohne Gewalt unterminiert den Mythos von der Totalkontrolle durch die Ordnungskräfte und stärkt das Selbstvertrauen der in einem überall spürbaren Klima der Angst lebenden Bevölkerung.

Stimmen aus Chile

Ein Priester aus einem Arbeiterviertel von Santiago schreibt an einen Freund im Ausland: «Die Menschen haben nach und nach ein Verhalten eingeübt, um sich gegen die sie umgebenden Gefahren zu schützen. Sie haben gelernt zu schweigen, zu flüstern, die Denunzianten in Zivil ausfindig zu machen; — wenn diese sich als Neutrale ausgeben, sind sie am meisten zu fürchten.»

Ein anderer Brief (veröffentlicht in «Publik-Forum», Nr. 19 vom 19. Sept. 1975), geschrieben von einem Chilenen an Landsleute und Freunde im Ausland, führt vor Augen, wie für Hunderttausende nur noch eines zählt, zu überleben und Arbeit zu finden. Dieser Brief ist ein dringender Ruf an das Ausland für konkrete Unterstützung. Er schreibt, daß in den Arbeiterpfarreien und andern Hilfsstellen, die alles tun, um die Not der hungernden, der kranken und arbeitslosen Menschen zu lindern, es an Nahrungsmitteln, Medikamenten, Kleidern und Geld fehlt.

In der Schweiz nimmt Geldspenden zur Weiterleitung nach Chile mit Dank entgegen: Solidarité Chili, Lausanne, Postscheckkto. 10-6572 (mit Vermerk «Cantines populaires»). Helen Kremos